

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Carola-Chocolade.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38. 40.

Sommersprossen,
Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen, unersater Teint verschwinden nach 5- bis 10-tägigem Gebrauche von Bleichcreme „Chloro“. Unschädlich für die Haut, frei von Säuren und schädlichen Bestandteilen. Vorwärts durch den Kometismus von prompter und starker Wirkung. Nur echt in Tuben à 1 Mk. bei Einlieferung von 1.15 Mk. franko. Hauptdepot:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Buchholz-Hüte
Annenstrasse 28
Neu eröffnet: **Wettinerstr. 21.**

Ulrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1 Pinnalche Strasse 1 (am Pinnalchen Platz).

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt
Carl Wendschuchs Etablissement

Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Ratmäßige Witterung: kühl, veränderlich.
Hospizernjäger Groß-Dresden ist gestern nachmittag gestorben.
Die Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Victor Emanuel wird heute früh in Brindisi erfolgen.
Die schiffschiffliche „Leipz. Zig.“ bringt zur Reichsfinanzreform und Budgetpolitik längere Betrachtungen, in denen sie an die Konservativen und Liberalen einen dringenden Appell zur Einigung richtet.
Die Konferenz beim Reichsfinanzsekretär, die sich mit der Reichswertzuwachssteuer beschäftigt hat, hielt die Frage dieser Steuer noch lange nicht genügend geklärt, um mit einer Vorlage an den Reichstag heranzutreten.
Zum Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs von München und Freising wird, wie verlautet, Freiherr von Dw. Bischof von Passau, ernannt werden.
Vom 15. bis 19. September wird in München das Erste Deutsche Brahms-Fest stattfinden.
Der Generalkriegsminister der französischen Post- und Telegraphenbeamten soll gegebenenfalls heute erklärt werden.
In Petersburg begann gestern der Prozess gegen den früheren Polizeichef Popuchin.

Englische Finanzreform und Freihandel.

Der allgemeine finanzielle Druck der steigenden Kriegskosten, der sozialen Reformen und der durch die Weltkonkurrenz gedrückten wirtschaftlichen Lage hat auch das reiche Großbritannien nicht verschont, sondern sich dort ebenfalls so stark bemerkbar gemacht, daß das jetzige Budget einen Fehlbetrag von 300 Millionen Mark aufweist. Die liberale Regierung, die ihre vielfachen Schwierigkeiten auch noch um dieses erhebliche Defizit vermehrt sah, versuchte von vornherein darauf, das gewaltige Loch im Staatshaushalt nur vorläufig zu stopfen und ein späteres konservatives Regime der Gefahr eines erneuten Eindringens der Defizitflut in das Staatschiff auszuweichen. Das Kabinett Adair ist sich vielmehr der vollen eigenen Verantwortlichkeit für die Sanierung der Staatsfinanzen bewußt geblieben und hat dieser Ueberzeugung entsprechend einen Plan zur gründlichen Reorganisation der Finanzen entworfen, dem sich Großbritanniens nicht absprechen läßt. In eine kurze Uebersicht zusammengefaßt, enthält das neue liberale Steuerprogramm folgende Grundzüge, die wegen der gleichzeitigen umfassenden Finanzaktion bei uns in Deutschland hierzulande besonderes Interesse beanspruchen dürfen: Zunächst sollen 60 Millionen durch Verminderung der Schuldentilgung gewonnen werden. Zur Deckung der weiteren 270 Millionen ist eine zum Teil recht umfangreiche Erhöhung nachstehender Steuern in Aussicht genommen: der Einkommensteuer, der Nachlasssteuer, der Erbschaftsteuer, der Umsatzsteuer für Immobilien und Wertpapiere, der Schanksteuer, der Spirituosensteuer, der Tabaksteuer, der Steuer auf den Wertzuwachs beim Grundbesitz. Endlich sind noch einige kleinere Steuern, darunter eine neu eingeführte Automobilsteuern, dazu bestimmt, den durch die vorgenannten Hauptsteuern noch nicht gedeckten Rest des Gesamtbedarfs aufzubringen.
Besonders interessant ist die Art, wie die Einkommensteuer innerhalb des Rahmens der Reform behandelt wird. Die Steuerquelle des Einkommens wird, nach den bisher geltenden Vorschriften in England, derart erklärt, daß die Einkommen bis zu 3000 Mark jährlich gänzlich befreit sind; also eine im Vergleich mit den deutschen Verhältnissen bemerkenswert hohe Grenze des Beginnes der Steuerpflicht. Darüber hinaus werden alle Einkommen, ohne Unterscheidung zwischen Arbeits- und fundierten Einkünften, mit durchschnittlich 5 Prozent bei ganz geringer Progression besteuert. Nach dem neuen Gesetzentwurf soll unter Beibehaltung der bisherigen steuerfreien Grenze die Progression wesentlich schärfer ausgebildet werden, so zwar, daß alle Einkommen über 60 000 Mark mit 7 1/2 Prozent mehr und alle Einkommen über 100 000 Mark mit 10 Prozent mehr, also künftig 5% und 7 1/2 Prozent herangezogen werden. Daneben sollen von allen solchen Einkommen, die nicht durch Arbeit erworben werden, ohne Unterschied des Betrages 5% Prozent erhoben werden.
Die liberale Presse feiert diesen finanziellen Reformplan als eine eminent soziale Maßregel, weil sie ausschließlich die tragsfähigen Schultern belastet, obwohl sich dies jedenfalls von der rigorosen Behandlung der kleinen,

nicht aus Arbeit gewonnenen Einkommen, die die einzige bescheidene Versorgung ihrer Träger darstellen, und von dem nicht minder harten Verfahren gegenüber den kleinen Erbschaften, die ebenfalls der erhöhten Steuer unterliegen, nicht behaupten läßt. Die konservative Opposition dreht dagegen den Spieß einfach um und spricht, in zweifellos stark übertriebener Weise, von einem „Kriege gegen den Wohlstand“, den das liberale Kabinett begonnen habe; auch macht sie geltend, daß das liberale Finanzprogramm ein tendenziöses Parteiprogramm sei, da es in erster Linie den konservativen Grundbesitz und die großen Brauereien und Brennereien treffe, deren Interessen von den Konservativen vertreten werden.
Terartige mehr oder weniger kleinliche parteipolitische Pfändereien treffen aber nicht das Wesen und den Kern dieses finanziellen Reformplans, dessen eigentliche Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiete liegt. Es handelt sich hier um eine energische Zusammenfassung der ganzen noch vorhandenen Lebenskraft des englischen Freihandels, um einen zweifellos groß angelegten Versuch der liberalen Manchesterpartei, den Beweis auf breiter Grundlage zu führen, daß der Freihandel imstande ist, die wesentlichen vermehrten Staatsbedürfnisse unter voller Aufrechterhaltung der britischen Vorkherrschaft zur See, also ohne jede Schwächung der nationalen Sicherheit, aus eigener Kraft ohne Inanspruchnahme des schutzollnerischen Prinzipes aufzubringen. Gerade dieser weitreichende wirtschaftspolitische Hintergrund macht die englische Finanzreform zu einem Gegenstand des allgemeinen Interesses weit über die britischen Grenzen hinaus. Berücksichtigt man die äunliche Lage, in der sich augenblicklich die konservativen-unionistische Opposition befindet, so muß ernstlich mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die konservative Mehrheit des Oberhauses die jetzige Gelegenheit zu einer Kraftprobe benutz, indem sie die Finanzreform ablehnt und dadurch die Regierung zu dem bis jetzt immer wieder hinausgeschobenen Appell an die Wähler zwingt. Das Ergebnis der Neuwahlen würde dann aller Voraussicht nach wieder die Konservativen aus Ruder und damit die schutzollnerische Tarifrevision in ein neues Stadium des Aufschwunges bringen. Die Führer der schutzollnerischen Bewegung haben seit dem letzten Kabinettswechsel eine gründliche Agitation in der Bevölkerung betrieben und mit den Schlagworten „Aufbringung des gesamten Staatsmehrbedarfs ausschließlich durch Schutzölle unter gleichzeitiger Ermäßigung der bestehenden Steuern, Arbeit für alle, Beseitigung der chronischen Arbeitslosigkeit, höhere Löhne“ sehr ansehnliche Erfolge erzielt, die durch fortgesetzte Wahlsiege so deutlich in die Erscheinung getreten sind, daß heute selbst im liberalen Lager alle Zuversicht auf einen längeren Fortbestand der gegenwärtigen Regierung geschwunden ist. Besonders markant war die letzte Nachwahl in Stratford on Avon, wo der Liberale trotz aller Mühe, den konservativen Gegner als „Lebensmittelverteuerer“ zu brandmarken, nicht das Feld behaupten konnte, sondern das Mandat an den konservativen Kandidaten abtreten mußte. Diese Nachwahl ist unter der ausdrücklichen Losung: „Freihandel oder Schutzölle“ geführt worden, und das in seinen Grundzügen damals bereits bekannte Finanzprogramm der liberalen Regierung hat den Schutzöllnern den Rücken gekehrt. Es liegt also für die unionistische Opposition tatsächlich die Versuchung nahe, die Wunsch der Lage gründlich auszunützen und das liberale Kabinett durch Verwerfung der Finanzreform im Oberhause zu einer entscheidenden Stellungnahme zu zwingen. Defizit und Deckungsfrage arbeiten der schutzollnerischen Bewegung in England mächtig in die Hände: darauf weisen alle Anzeichen hin.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick wird die Position der Tarifreformer auch durch die Vorgänge in den Vereinigten Staaten von Amerika gefährdet. Die große transatlantische Republik beobachtet bekanntlich genau das entgegengesetzte Verfahren, wie das englische Kabinett, indem sie das Defizit im Staatshaushalt nicht durch eine allgemeine Erhöhung oder Neueinführung von Steuern bekämpft, sondern zu diesem Zwecke eine Tarifänderung vornimmt, deren Tendenz im ganzen, trotz vereinzelter Ermäßigungen, auf eine erhebliche Vermehrung der Staatseinnahmen gerichtet ist. Der Hinweis auf das amerikanische Beispiel ist für die Sache der englischen Schutzöllner besonders zugriffig. Vor allem aber ist zu erwägen, daß der britische Freihandel nicht einmal mehr in den Handelskammern des Reiches eine unbedingt zuverlässige und sichere Stütze besitzt. Auf der jüngsten Tagung dieser Körperschaften stellte es sich heraus, daß eine überraschend starke Minder-

heit von Handelskammern sich bereits völlig mit dem Gedanken einer Tarifrevision vertraut gemacht hat. Dieser Prozess wird angehts der politischen und wirtschaftlichen Weltlage sicher noch weitere Fortschritte machen. Wenn aber erst einmal die britische Handelswelt selbst nicht mehr bedingungslos am „free-trade“ festhält, dann ist auch unmittelbar die Frage gegeben, wie lange das Banner des Freihandels überhaupt noch über Großbritannien flattern wird. Daß auch in ausländischen manchesterlichen Kreisen die Zuversicht auf die Fortdauer des englischen Freihandels stark gesunken ist, beweist die pessimistische Auslassung des führenden liberalen Wiener Blattes, daß die diesmalige englische Budgetbedeutung eine Belastungsprobe für den Freihandel, der er vielleicht schon heute nicht mehr gewachsen sei. Auf jeden Fall spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß das gigantische Ringen zwischen den beiden entgegengesetzten Prinzipien des Freihandels und des Schutzöllns in England in absehbarer Zeit zugunsten der Tarifrevision entschieden und damit der gesamte internationale Handelsverkehr vor wesentlich erschwerte Abzugsbedingungen gestellt werden wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Mai.

Die Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel.
Walta. Die Yacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser und der Kaiserin an Bord ist in Begleitung der „Stettin“ und des „Cleopatra“ heute nach Brindisi in See gegangen.
Rom. (Priv.-Tel.) Die Begegnung zwischen König Viktor Emanuel und dem Kaiser wird morgen früh in Brindisi auf der Yacht stattfinden. Die kaiserliche Yacht wird bereits drei Seemeilen von der Küste vom italienischen Geschwader empfangen werden. Der Kaiser wird nicht an Land gehen, sondern mit König Viktor Emanuel an Bord der „Hohenzollern“ bleiben. Eine Revue über die Torpedoboote und Torpedobootzerstörer wird zu Ehren des Kaiserbesuchs stattfinden. Die Stadt prangt bereits in vollem Festschmuck. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wird die Weierreise des Kaisers nach Vola erfolgen.
Die Kanakerkrise?
Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Roland von Berlin“ nimmt in seiner morgigen Ausgabe als sicher an, daß die Tage des Fürsten Bülow gezählt seien und bemerkt, er glaube, diejenigen irrten, die den Fürsten Bülow als den besten Kandidaten für den Nachfolger hielten. Dieser schließliche Moment sei zwar in der letzten Zeit wieder mehr in Berlin gewesen, habe mit maßgebenden amtlichen Stellen Fühlung gesucht und gefunden, und als ehemaliger Privatsekretär des auswärtigen Amtes verfüge er über große Personalkenntnis und diplomatische Erfahrungen; dies genüge aber heute nicht in unserer Zeit der Finanzmisere, wo finanzielle, nicht diplomatische Fragen der Lösung harren. Daher werde ein Bachmann auf finanziellem Gebiete gebraucht. Endow werde nach Bülow oder mit Bülow auch verschwinden und des letzteren Nachfolger, möge er auch wegen seiner jungerlichen Ämtern unbedeutend sein, sei wahrscheinlich Finanzminister v. Rheinbaben.
Aus der Finanzkommission des Reichstages.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)
Berlin. (Priv.-Tel.) In der Nachmittagsitzung der Finanzkommission lag der von dem Abg. Weber und Nömmen angelegte Antrag aus der Subkommission vor. Er behält das jetzige System der Besteuerung des deutschen und der Vergütung des ausländischen Tabaks nach dem Gewicht bei, bei besonderer Berücksichtigung der Rauch-, Kau- und Schnupftabakfabrikation. Als Ertrag dieser Steuer- und Zollerhöhung werden sich etwa 40 1/2 Millionen ergeben. Seitens der Vorliegenden wurde erklärt, sie hätten niemals anerkannt, daß ein Betrag von 70 bis 80 Millionen aus dem Tabak gewonnen werden könne. Ein Sozialdemokrat meinte, nach der heutigen Erklärung des Ministerialdirektors Kühn, daß die Kommission aus dem Tabak unter allen Umständen die 70 Millionen bewilligen müsse, sollte das Parlament der Regierung die Vorlage vor die Füße werfen. Ministerialdirektor Kühn: Das Wort „unannehmbar“ hat die Regierung gegen den Vorschlag der Subkommission nicht ausgesprochen. Die Regierung steht allerdings auf dem Standpunkte, daß die Tabaksteuer einen erheblich höheren Ertrag liefern müsse, als die Subkommission vorschlägt. Für undurchführbar hat die Regierung früher eine Wertsteuer auf Rohtabak erklärt, weil es sich damals nicht wie jetzt um einen Wert handelte, der durch die Faktura festgesetzt werden soll, sondern um die Einschätzung des Wertes des eingeführten Tabaks an der Grenze selbst. Nach dem Vorschlag der Subkommission wird also die Steuer nicht vom Wert des Tabaks, sondern vom Preise erhoben, den der Tabakhändler zahlt. Nur wenn es scheint, daß der Preis falsch angegeben ist, wird ein anderes Verfahren eingeschlagen. Allseitig wird ja anerkannt, daß der Tabak höher belastet werden muß, und schließlich wird doch nur eine ganz kleine Anzahl von Abgeordneten im Reichstag gegen die Tabaksteuer stimmen. Der Redner der Reichspartei meinte, es sei von der Regierung vielleicht anfang gewesen, die Bänderrolle selbst vorzuschlagen. Sie hätte andere Leute auf diesen klugen Gedanken kommen lassen sollen. Dann wäre die Bänderrolle mit Glanz angenommen worden. Abg. Müller-Fulda trat für den Wertsteuervorschlag ein. Ein

Fotografieren ist das Recht von jedem